

# Staatsverschuldungen

## – wem **nützen** sie eigentlich?

Von Helmut Creutz



**W**as für eine Frage, wird fast jeder denken: Den Nutzen hat natürlich der Staat und damit wir alle! Denn der Staat finanziert mit dem aufgenommenen Geld Projekte, die Arbeit schaffen und das Volksvermögen vergrößern! Selbst wenn er das Geld in den Sozialhaushalt steckt oder in Zukunftsinvestitionen, kommt das letztlich allen zugute! Dennoch sind die staatlichen Kreditaufnahmen auch bei uns seit etwa 25 Jahren ins Gerede gekommen. Vor dieser Zeit wurde das Thema Staatsverschuldung, in den Medien wie in der Öffentlichkeit, weitgehend als Problem der Länder Südamerikas oder des Ostblocks behandelt. Bezogen auf unsere eigene Situation kamen die Schulden des eigenen Landes höchstens bei einem Regierungswechsel zur Sprache. So beklagte sich der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl 1982 in seiner Regierungserklärung über die 600 Mrd. DM Schulden, die er mit seinem Amtsantritt übernehmen musste. Dass er nach 16 Jahren seinem Nachfolger Gerhard Schröder eine fast vier Mal so hohe Last von 2.300 Mrd. DM hinterließ, konnte dieser dann wiederum in seiner Antrittsrede ausschlagen.

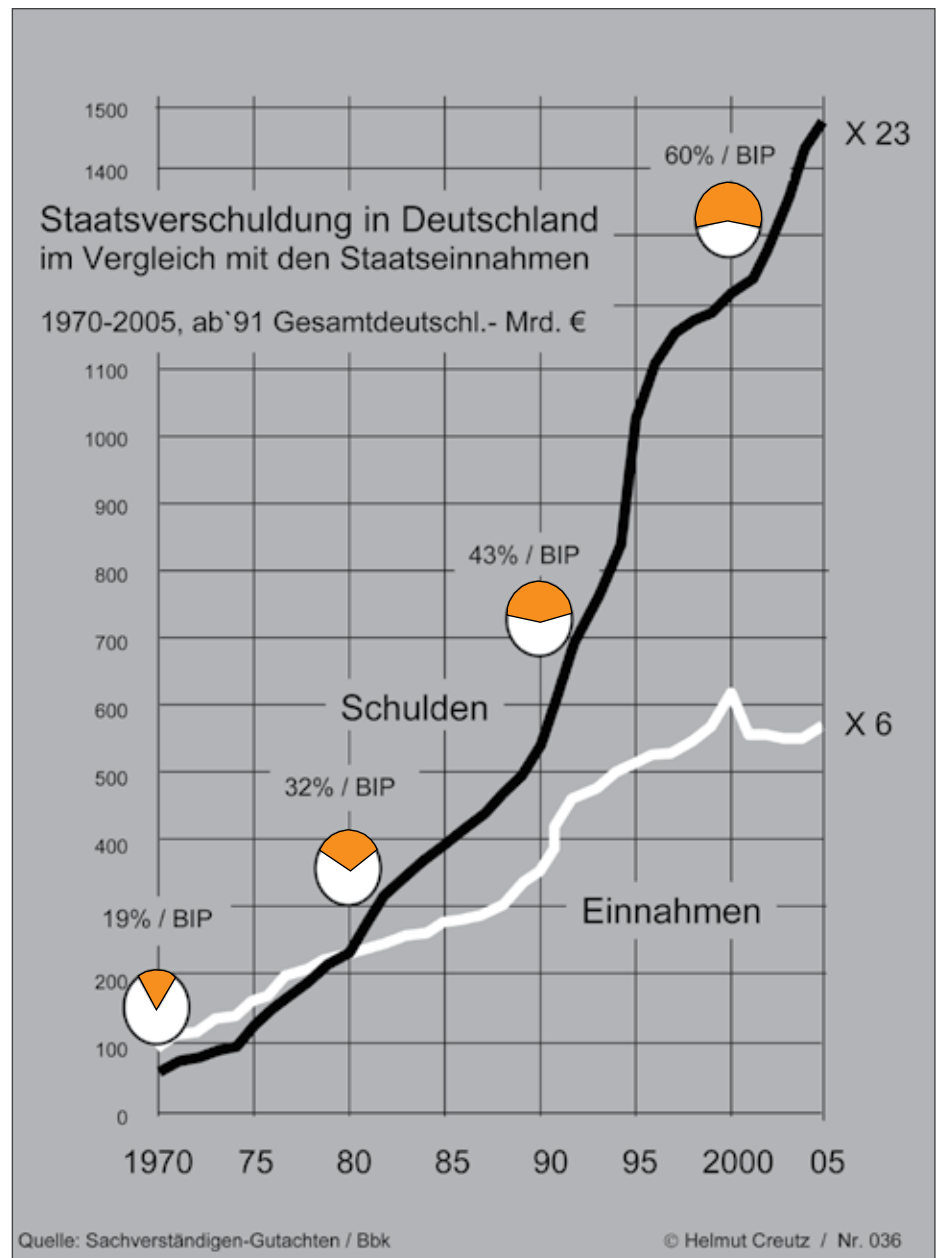
Der US-Präsident Ronald Reagan hatte bei seiner Regierungsübernahme 1981 die übernommene Schuldenlast sogar besonders fernsehgerecht demonstriert. Er hielt einen Packen Tausend-Dollar-noten im Gesamtwert von einer Million in der Hand und rechnete den Bürgern vor, dass die gesamte übernommene Staatsschuld, aus solchen Bündeln aufeinander geschichtet, eine Höhe von siebzig Kilometern ergebe. Dass diese Säule bis zum Ende seiner Amtszeit nach acht Jahren die dreifache Höhe erreicht hatte, wurde allerdings von seinem Nachfolger, da der gleichen Partei angehörend, stillschweigend übergangen.

## Wie hat sich die Staatsverschuldung bei uns entwickelt?

Die Größe und Entwicklung der deutschen Staatsverschuldung lässt sich am einfachsten aus der *Darstellung 1* entnehmen. Dabei wird die Explosivität der Schuldenentwicklung besonders deutlich, wenn man sie mit jener der Staatseinnahmen vergleicht. Denn während die gesamten Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden in den 35 Jahren von 95 auf 570 Mrd. Euro zunahmen und damit auf das Sechsfache, stiegen die Verschuldungen in der gleichen Zeit von 65 auf 1.490 Mrd. Euro und damit auf das 23-fache an. Das heißt, die Schulden des Staates nahmen rund vier Mal so rasch zu wie seine Einnahmen!

Betrachtet man die Darstellung im Detail, dann verliefen die Entwicklungen in den ersten sieben Jahrzehnten noch parallel, was als stabile Situation gesehen werden kann. Denn so lange Schulden und Zinslasten im Gleichschritt mit den Einnahmen wuchsen, kann es kaum zu größeren Schwierigkeiten kommen. Erst ab 1975 begann der Sündenfall des Staates, der von diesem Zeitpunkt an ständig neue Schulden machte. Damit öffnete sich die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben immer rascher, wie auch die Umrechnung der öffentlichen Schulden in Prozenten der Wirtschaftsleistung zeigt, die in den Kreisgrafiken in der *Darstellung 1* eingetragen sind.

Wie sich im Verlauf der Schuldenentwicklung abzeichnet, kam es in den ersten 80er und vor allem den ersten 90er Jahren jeweils zu einer Beschleunigung des Anstiegs. Zweifellos hing das nach 1990 auch mit den Kosten der Vereinigung der beiden deutschen Staaten zusammen. Da jedoch die Staatseinnahmen ebenfalls anstiegen, kann dies nur ein Teil der Erklärung sein. Entscheidender für die Anstiegs-Beschleunigungen waren die Auswirkungen der beiden Hochzinsphasen in diesen Jahren.



*Darstellung 1*

### ==> Erläuterung zur Darstellung 1 (Grafik Nr. 036)

In der Darstellung wird die Entwicklung der gesamten öffentlichen Einnahmen mit jener der gesamten öffentlichen Schulden in Deutschland verglichen, und zwar von 1970 bis 2005. Erkennbar ist, dass in den ersten 70er Jahren die Verschuldungshöhe noch unterhalb der Einlagen lag und sich in etwa parallel dazu entwickelte. Ab 1974 nahmen die Schulden jedoch rascher zu als die Einnahmen. Beschleunigt wurde diese Scherenöffnung besonders in der ersten Hälfte der 90er Jahre. Einmal bedingt durch die deutsche Vereinigung, noch stärker aber durch die Hochzinsphase um das Jahr 1990. Dies bestätigt sich durch Vergleiche mit den Entwicklungen in den anderen großen Industrienationen, in denen der Schuldenanstieg von 1990 bis 1995 meist noch steiler als in Deutschland war.

Insgesamt nahmen die öffentlichen Verschuldungen in Deutschland in den 35 Jahren auf das 23-fache zu, während die Einnahmen des Staates – im Gleichschritt mit dem BIP – nur auf das Sechsfache anstiegen. Diese Diskrepanz zeichnet sich auch in den Kreisdarstellungen ab, in denen die Staatsverschuldung an der Wirtschaftsleistung gemessen wird. Während es den Politikern in Deutschland gelang, die in Maastricht festgelegte Schuldenquote von 60% des BIP im Jahr 2000 und 2001 gerade noch zu erfüllen, stieg sie danach, bis 2005, weiter bis auf die Marke von 68% an.

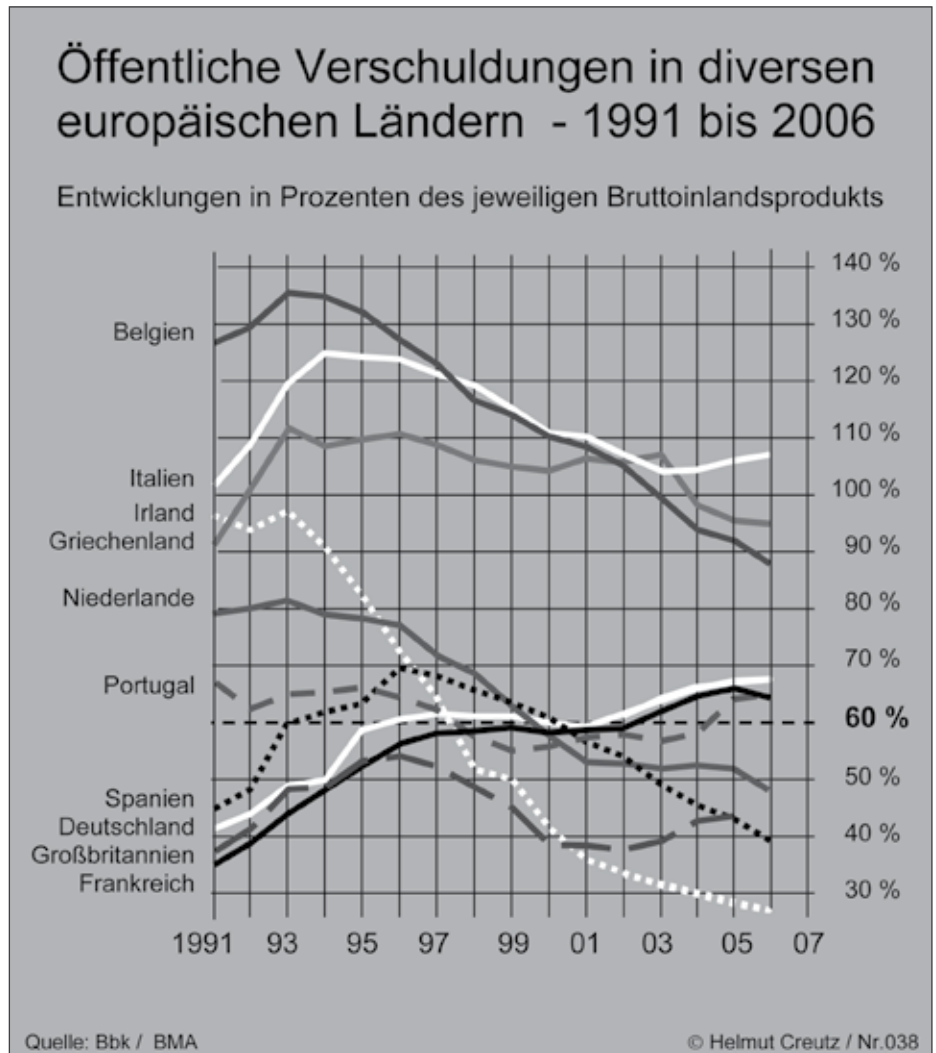
Quellen: Deutsche Bundesbank / Sachverständigengutachten

Zu einem stärker beachteten Thema wurde die Staatsverschuldung in den europäischen Ländern im Zuge der Euro-Einführung gegen Ende der 1990er Jahre, vor allem im Zusammenhang mit den Verschuldungs-Kriterien, auf die man sich in Maastricht geeinigt hatte. Als maximale Obergrenze für die Staatsverschuldungen wurde dabei 60% des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts (BIP) festgelegt und als Höhe der jährlichen Neukreditaufnahmen eine Obergrenze von 3%! Statt also diese Neuverschuldung an das BIP-Wachstum zu binden, musste diese starre Drei-Prozent-Regel in jenen Ländern zu Schuldenanstiegen führen, deren Wachstumsquoten unterhalb von der Drei-Prozent-Marke liegen! Wie aus der *Darstellung 1* ersichtlich, hat man in Deutschland, im Hinblick auf diese ab 2000 geltenden Schuldenquoten, in den Jahren davor deutlich auf die Bremse getreten. Wie weiter ersichtlich, wurde in den Jahren danach – trotz aller Kriterien – umso stärker Gas gegeben!

Besonders großzügig bei den Neuverschuldungen ist man immer vor Wahlen, vor allem wenn es darum geht, Versprechungen ohne Anhebungen der Steuern zu finanzieren. Denn über Verschuldungsausweitungen kann man das Problem der Haushaltsengpässe auf die Zukunft verschieben und damit aus der Diskussion verdrängen. Seltener ist nur, dass kein Politiker einmal die Frage stellt, wie es überhaupt bei laufend zunehmender Wirtschaftsleistung zu Knappheiten in den öffentlichen Kassen kommen kann!

### Öffentliche Verschuldungsentwicklungen in anderen europäischen Ländern

In der *Darstellung 2* wird die Entwicklung der Staatsschulden in Deutschland mit acht weiteren größeren Euro-Ländern verglichen und zusätzlich mit Großbritannien, und zwar von 1991 bis 2006. Zum besseren Vergleich



*Darstellung 2*

mit den Maastricht-Kriterien sind alle Schuldengrößen jeweils in Prozent des jeweiligen BIP umgerechnet.

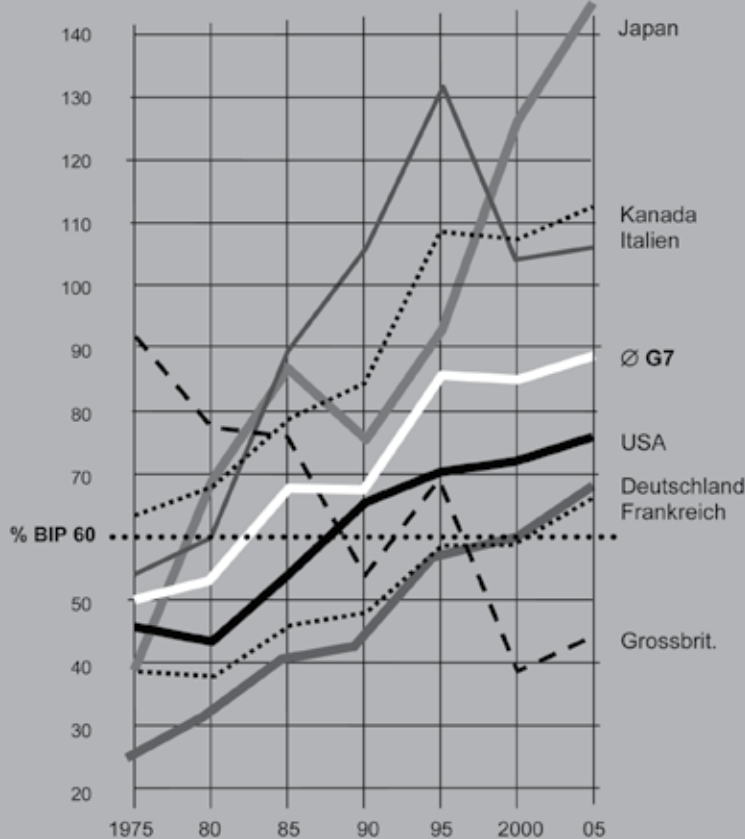
Während die über der 60%-Quote liegenden Länder sich um Absenkungen bemühten, haben Deutschland und Frankreich nur rechtzeitig abgebremst, um nach dem Stichtag wieder zuzulegen.

Selbst die drei hochverschuldeten europäischen Länder, also Belgien, Italien und Griechenland, fanden sich um 2001 zusammen, allerdings bei einer Quote, die fast beim Doppelten der Kriterien-Größe lag. Nur Spanien, das bereits seit 1996 seine Schulden deutlich abgebaut hat, ähnlich wie Großbritannien, setzte den Schuldenabbau weiter fort. Von den Hochschul-

ländern hat nur Irland auf vorbildliche Weise einen ständigen Abbau geschafft, von fast 100% 1991 auf inzwischen unter 30%!

Interessant ist auch ein längerfristiger Vergleich der Verschuldungsentwicklungen in den größten Industrienationen, den so genannten G7-Ländern, in der *Darstellung 3*, ebenfalls in Prozenten des jeweiligen BIP, allerdings im Fünfjahresabstand eingetragen. Während Deutschland und Frankreich in den 30 Jahren einen noch relativ moderaten und gleichmäßigen Anstieg ausweisen, ähnlich wie Kanada auf einem allerdings deutlich höheren Niveau, verliefen die Zunahme-Entwicklungen in Italien und vor allem in Japan fast explosiv.

## Öffentliche Verschuldungen der G7-Länder Entwicklung in % des jeweiligen BIP, 1975-2005



Quelle: Bbk / BmfA

© Helmut Creutz / Nr.037a

### Darstellung 3

Noch deutlicher hebt sich Großbritannien ab, das als einziges G7-Land seine anfänglich höchsten Raten in den dreißig Jahren von rund 80 auf rund 40% halbiert hat. Erreicht wurde dies vor allem durch eine radikale Sparpolitik der „Eisernen Lady“ Thatcher, vor allem durch den Verkauf fast aller staatlicher Güter und einer Entmachtung der Gewerkschaften.

Auch in diesen Schuldenentwicklungen der G7-Länder zeichnen sich die hochzinsbedingten Anstiegsbeschleunigungen in den ersten Hälften der 1980er und 1990er Jahre deutlich ab. Das gilt selbst für die Schulden-Abbaukurve Großbritanniens und vor allem für die ermittelte Durchschnittskurve aller sieben Länder. Ursache dafür sind nicht nur die jeweils in den Hochzinsphasen ansteigenden Zinslasten der Staaten, sondern vor allem auch die zinsbedingten Brems-effekte in der Wirtschaft und die damit sinkenden Staatseinnahmen. Wie aus der Durchschnittsgröße ersichtlich, waren die Schuldenanstiege von 1990 bis 1995 sogar noch steiler als in Deutschland, obwohl die anderen Länder keine Vereinigungsprobleme zu verkraften hatten.

## Die Probleme ständiger Staatsverschuldungen

Mit dem Schuldenmachen ist es bekanntlich wie mit dem Trinken: Beides wird erst durch die Prozente problematisch und in beiden Fällen nehmen die Probleme mit Höhe der Prozente zu! Das heißt, alle Schuldner müssen mit steigenden Zinssätzen entweder höhere Leistungen erbringen oder ihre Ausgaben zurück schrauben. Dass man diese Ausgaben-reduzierungen als „Sparen“ bezeichnet, vor allem im Politikerjargon, ändert nichts an den Tatsachen. Denn Sparen heißt nicht Ausgaben kürzen, sondern im Gegenteil Überschüsse für spätere Zeiten auf die hohe Kante legen! Von den Politikern wird jedoch nicht nur der Sparbegriff, sondern auch der Leistungsbegriff auf den Kopf gestellt. Sie sprechen von Leistungen, wenn sie Ausgaben meinen. Diese Ausgaben können die Staaten jedoch nie durch eigene Leistungen finanzieren, sondern nur durch Leistungssteigerungen der Bürger, die man zu höheren Abgaben zwingt.

Steigen die Leistungen der Bürger – das Sozialprodukt – aber nicht in dem Maße wie die Schulden des Staates, dann kommen die Politiker in Schwierigkeiten. Entweder müssen sie die Steuern erhöhen, oder ihre „Leistungen“, sprich Ausgaben an die Bürger, verringern. Da beides bei den Wählern nicht beliebt ist, greift der Staat zum dritten ihm zur Verfügung stehenden Mittel: der Neukreditaufnahme. Und während privaten Schuldnern dieser Ausweg ab einer bestimmten Grenze verwehrt ist, bleiben Staaten auch mit noch so hohen Schuldenbeständen weiterhin „kreditwürdig“, nicht nur wegen ihrer Rückgriffsmöglichkeiten auf die Steuerzahler, sondern notfalls sogar auf die Notenpresse!

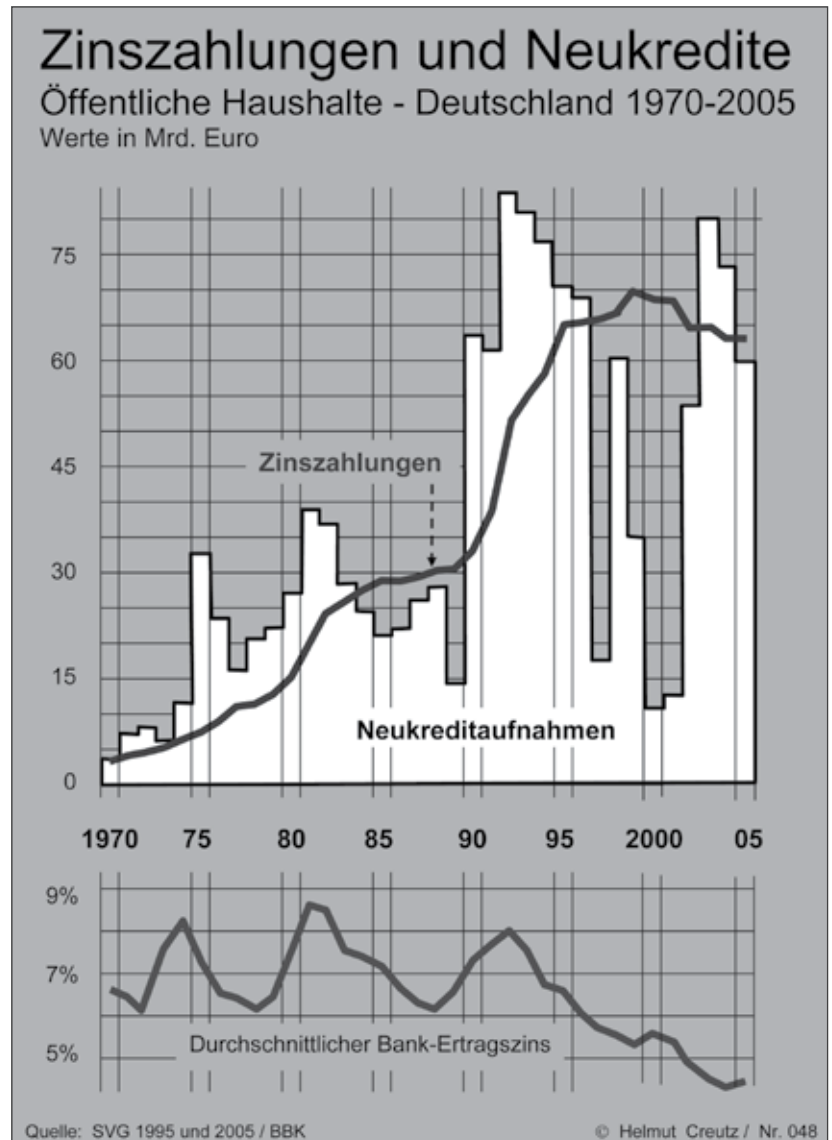
Doch auch für die Staaten vergrößern sich ab einer bestimmten Schuldengrenze die Probleme, wie man schon in früheren Jahrhunderten erkannt hat. So klagte 1850 Lorenz von Stein: „.....wo nicht mit der Anleihe gleichzeitig eine Steuererhöhung stattfindet, kann der Zins der gemachten Anleihe nur durch neue Anleihen gedeckt werden“. Und Karl August von Struensee schrieb bereits um 1800: „Nichts ist richtiger, als dass jeder Staat, der immerfort borgt, der nie die vorher gemachten Schulden abzahlte, endlich untergehen muss“. Und >

noch älter ist die Weisheit von Adam Smith, der bereits 1796 verkündete: „Wenn Staatsschulden einmal bis zu einem gewissen Grad gestiegen sind, so lässt sich, glaube ich, kaum ein einziges Beispiel für ihre richtige und vollständige Bezahlung anführen.“

Das bedeutet: Auch der Staat kann den Weg über neue Anleihen nicht ständig weitergehen, wenn er nicht den Zusammenbruch der Währung und damit des Gemeinwesens riskieren will! Die Maßnahmen, diese Entwicklungen im Europa-Raum durch Verträge zumindest einzugrenzen, waren also höchst überfällig. Da aber an den Ursachen dieser Schulden, dem Überwachstum der Geldvermögen, nichts verändert wurde, können auch die bestgemeinten Verträge in Sachen Staatsverschuldung die Schulden-Problematik nicht verändern.

### Entwicklungen der öffentlichen Zinslasten

Mit Schulden kann man mehr ausgeben als man hat. Da aber mit den Schulden wiederum die Zinsbelastungen steigen, beißt sich die Katze in den Schwanz. Denn das eigentliche Problem der Verschuldungsentwicklungen sind weniger die Schulden, als die ständigen Zinsen, die man aus den laufenden Einnahmen über Jahre und Jahrzehnte für diese Schulden aufbringen muss. Dass allzu viele Länder diese Zinszahlungen mit neuen Kreditaufnahmen finanzieren, wurde Anfang der 80er Jahre, bezogen auf die Entwicklungsländer und Ostblockstaaten, von Medien und Politikern angeprangert. Dabei war diese Finanzierungsmethode auch schon in den Industrieländern tägliche Praxis, zumindest bei den staatlichen Verschuldungen. Wie aus der *Darstellung 4* hervorgeht, in der die jährlich gezahlten Zinsbeträge den jährlich aufgenommenen Neuverschuldungen gegenüber gestellt sind, gilt das auch für Deutschland!



Darstellung 4

Schon optisch ist zu erkennen, dass in den erfassten 35 Jahren die Neukreditaufnahmen mal über und mal unter den jeweiligen Zinszahlungen lagen und sich die Abweichungen in etwa ausgleichen. Lediglich um das Jahr 2000 ergibt sich bei den Neukreditaufnahmen ein deutlicher Einbruch – Folge der fast krampfhaften Bemühungen, die Maastrichtkriterien zu erfüllen, für die man selbst besonders deutlich votiert hatte.

Wie der Vergleich mit der zusätzlich eingetragene Kurve der Zinssätze zeigt, folgte jedem Zinssatzanstieg, jeweils mit Verzögerung, sowohl ein Auftrieb bei den Zinslasten als auch den Neuverschuldungen. Als Folge der

langfristigen Zinssenkungsphase in den letzten zehn Jahren kam es zwar zu einem Abbrechen der Zinslastanstiege, nicht aber zu einem nachhaltigen Abbruch der Neukreditaufnahmen. Und dieser Druck zu erhöhten Neukreditaufnahmen verstärkt sich noch bei rückläufigen Staatseinnahmen bzw. steigenden Sozialausgaben, die jeder Hochzinsphase auf Grund des Konjunkturéinbruchs folgen.

Addiert man die in den dargestellten 35 Jahren gezahlten öffentlichen Zinslasten und vergleicht man sie mit den im Zeitraum aufgenommenen Neukrediten, dann ergeben sich tatsächlich fast gleich hohe Beträge: Die Schulden stiegen von 1970 bis 2005 von 64 auf

### ==> Erläuterungen zur Darstellung 4 (Grafik Nr. 048)

In der Grafik sind sowohl die jährlichen Neukreditaufnahmen des Staates (helle Säulen) als auch die jährlichen Zinszahlungen der Öffentlichen Haushalte in Deutschland als Kurve in Milliarden Euro wiedergegeben, zusätzlich im unteren Teil die Durchschnittssätze.

Addiert man die gesamten Neukreditaufnahmen in den 35 Jahren, dann stiegen diese von 64 auf 1.489 Mrd. Euro und damit um 1.425 Mrd. Euro auf das 23-fache an, während das BIP und die Steuereinnahmen nur auf das Sechsfache zunahmen! Addiert man nun die im gleichen Zeitraum geleisteten Zinszahlungen, dann ergibt sich hierfür ein Betrag von 1.305 Mrd. Euro. Das bedeutet aber, dass die Neukreditaufnahmen in Höhe von 1.425 Mrd. Euro fast im vollen Umfang in den Zinsendienst geflossen sind! Lediglich die Differenz zwischen Zinszahlungen und Neukreditaufnahmen in Höhe von 120 Mrd. Euro hat dem Staat für Investitionen oder sonstige Ausgaben zur Verfügung gestanden!

Fragt man nach dem Nutzen der ganzen Aktion, dann schlägt dieser nur bei der Minderheit jener Haushalte zu Buche, die dem Staat ihre Ersparnisse geliehen und dafür jene 1.305 Mrd. an Zinsen erhalten hat – auf Kosten aller anderen Bürger! Und da dieser zinsbedingte Umverteilungs-Mechanismus von der Mehrheit zur Minderheit auch für die fünf Mal so hohen Schulden der Wirtschaft und Privathaushalte gilt, erklärt sich auch die zunehmende Scherenöffnung zwischen Arm und Reich in unseren Gesellschaften.

Die annähernde Gleichheit von Kreditausweitungen und Zinszahlungen wird bereits aus der Darstellung optisch erkennbar. Ebenso der Tatbestand, dass beide Entwicklungen nach jeder Hochzinsphase – im unteren Teil der Grafik wiedergegeben – beschleunigt ansteigen. Da aber die Masse der Geldvermögen (und damit auch die Verschuldungen!) deutlich rascher als BIP und Steuereinnahmen zunehmen, haben selbst geringe Veränderungen der Zinssätze immer gravierendere Folgen. So schlägt eine Erhöhung der Zinssätze um beispielsweise 2% in der Gesamtwirtschaft mit einem Belastungsanstieg von rund 130 Mrd. Euro zu Buche – beim Staat alleine mit rund **30 Milliarden!**

Dass die Neukreditaufnahmen zwischen 1997 und 2001 so deutlich herunter gefahren wurden, verdanken wir dem Versuch, die damals festgelegten Kriterien für den Beitritt zur Währungsunion zu erfüllen.

1.480 und damit um 1.425 Mrd. Euro, die im gleichen Zeitraum gezahlten Zinsen lagen bei 1.305 Mrd. Euro.

Das bedeutet, dass die gesamten Zinszahlungen in den 35 Jahren mit Neukrediten bedient wurden und nur eine Differenz von 120 Mrd. Euro für laufende staatliche Ausgaben oder Investitionen übrig blieb!

### Die fatalen Folgen der Zinszahlungen

Diese fast unglaubliche Deckung der Zinszahlungen durch Neukreditaufnahmen wurde Anfang 1999, auf einem Schulden-Symposium in Berlin, durch den Staatssekretär des Bun-

desfinanzministeriums, Manfred Overhaus, bestätigt: „In einer langfristigen Betrachtung kann man also ganz klar sagen, dass sich diese ganze Veranstaltung nicht gelohnt hat. Denn hätten wir dauerhaft auf Kredite verzichtet, müssten wir heute keine Zinsausgaben leisten und hätten auch keine Zinsrisiken zu fürchten. Wir hätten aber für Investitionen genau so viel ausgegeben wie bisher.“

Die Redaktion der ZEIT, die über das Symposium berichtete, fasste das ganze Dilemma in der Überschrift zusammen: „*Mit den Krediten von heute begleicht der Staat immer nur die Zinsen von gestern – auf Kosten der Generationen von morgen.*“

Dieser Irrsinn, sich wegen der Zinszahlungen immer höher verschulden zu müssen, ohne mit den Krediten etwas Sinnvolles anfangen zu können, ist jedoch – wie die Vergleiche mit den anderen Ländern zeigen – fast überall gängige Praxis. Auch das wurde offiziell im Frühjahr 1999 bestätigt, sogar von dem Direktor der Landeszentralbank von Nordrhein-Westfalen, Prof. Reimund Jochimsen:

„Für die Gesamtheit der elf EWU-Länder gilt, dass die Neuverschuldung gerade ausgereicht hat, die Zinslast aus der Verschuldung zu decken. Im Zeitraum 1970 bis 1998 war die Defizitquote mit 3,57% des BIP praktisch genauso hoch wie die Zinslastquote mit 3,63%.“

Um welche Dimensionen es bei diesen Zinslasten inzwischen geht, zeigt sich, wenn man sie mit anderen öffentlichen Ausgaben vergleicht. So sind die Zinszahlungen im Bundeshaushalt, die vor einigen Jahrzehnten noch unter „ferner liefen“ rangierten, inzwischen der zweitgrößte Posten, gleich nach den Ausgaben für Arbeit und Soziales. Bedenkt man, dass mit den gesamten Zinszahlungen des Staates in Höhe von knapp 70 Mrd. Euro, zwei Millionen Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor finanziert werden könnten, dann wird deutlich, in welche Sackgasse uns unsere Politiker blindäugig manövriert haben! Aber auch die für Wirtschaftsfragen zuständigen Wissenschaftler und Regierungsberater sahen in den 30 Jahren kaum einen Handlungsbedarf!

### Sind die staatlichen Kreditaufnahmen tatsächlich zu nichts nütze?

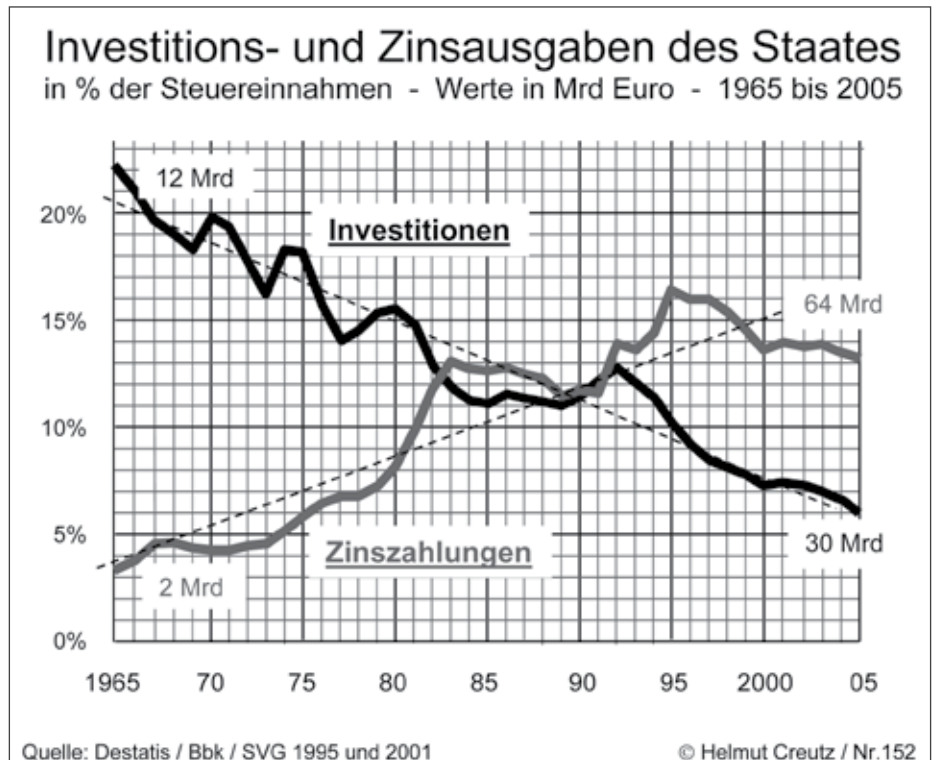
Aufgrund der mit den Schulden verbundenen Zinszahlungen ist der Staat in den letzten 35 Jahren um mehr als 1.300 Mrd. Euro ärmer geworden! Oder anders ausgedrückt: In dieser Höhe hat er auf sinnvolle Investitionen verzichten müssen!

In welchem Maße sich durch die Schuldenzinsen die Staatsausgaben verschoben haben, lässt die *Darstellung 5* erkennen. In ihr werden die langfristigen Entwicklungen der Schuldenzinsen in Deutschland den staatlichen Investitionen gegenübergestellt, und zwar jeweils in Prozenten der Steuereinnahmen. Auf einen Blick lässt sich entnehmen, dass die arbeitsplatz- und wertschaffenden Investitionen im gleichen Umfang reduziert worden sind, wie die Zinszahlungen zugenommen haben!

Trotzdem wäre es falsch zu sagen, die Zinszahlungen hätten niemandem genutzt. Denn diese Zinsmilliarden sind ja nicht nur gezahlt worden, sondern auf der anderen Seite als Einnahme zu verbuchen! Das heißt, sie sind in voller Höhe, direkt oder indirekt, weitgehend jener privaten Haushalts-Minderheit zugeflossen, die bereits über zuviel Geld verfügte und ihre Überschüsse dem Staat ausleihen konnten. Die staatlichen Kreditaufnahmen waren also doch zu etwas nütze, nämlich zur Vergrößerung der Reichtumsunterschiede in Deutschland mit all ihren sozialen Folgen!

Der frühere Bundesfinanzminister Hans Eichel hat einmal in Verbindung mit diesen Zahlungen von einer „Zeitbombe“ gesprochen und „dass wir durch Schulden in der Vergangenheit einen Großteil unserer Zukunft verfrüstückt“ haben. Und Wolfgang Kitterer, Schuldenexperte an der Universität Köln, ist ebenfalls der Ansicht, dass „aus der Staatsverschuldung letztlich nur eine höhere Steuerlast“ resultiert und man damit „niemandem etwas Gutes getan hat, es sei denn den Wertpapierhaltern“.

Es ist de facto also so, dass die Staatsverschuldungen nicht nur unsere Gemeinwesen aushungern und ihren Gestaltungsspielraum immer mehr eingen, sondern dass jeder Euro, den der Staat heute statt über Steuern über Schulden finanziert, als zusätzliche



*Darstellung 5*

#### ==> Erläuterung zur Darstellung 5 (Grafik Nr. 152)

Misst man die Größen in Mrd. Euro, dann sind sowohl die Investitionen des Staates als auch seine Zinslasten von 1965 bis 2005 ständig angestiegen. Verglichen mit dem Anstieg der Steuern von 54 auf 493 Mrd. auf das Neunfache, nahmen die Investitionen jedoch nur auf das Dreifache zu, während die Schuldenzinszahlungen auf das 33-fache eskalierten!

Rechnet man aber die beiden letztgenannten Größen in Prozent der Steuereinnahmen um, dann gingen die Investitionen des Staates fast im gleichen Umfang zurück, wie die Zinszahlungen anstiegen. Dies ist aus den zusätzlich eingetragenen Trendlinien der Entwicklungen zu erkennen. Die deutlichen Schwankungen der Zinslastkurve hängen vor allem mit den Auswirkungen der Hochzinsphasen zusammen. Mit dem Anstieg der Zinslasten kommt es dann zu Reduzierungen der Investitionen, was vor allem nach 1980 und 1991 gut zu ersehen ist. Während sich bisher jedoch die Investitionen bei fallenden Zinssätzen wieder erholten, wurden sie nach 1996, im Zuge der leerer werdenden Haushaltskassen, auch bei sinkenden Zinssätzen weiter herunter gefahren, mit entsprechenden Auswirkungen auf Konjunktur und Beschäftigung.

Welche Probleme angesichts dieser Lage ein erneuter Anstieg der Zinssätze auslösen muss, lässt sich in etwa erraten. Schon bei gleich bleibender Verschuldungshöhe würde ein um zwei Prozentpunkte erhöhter Zins die Belastung um 26 Mrd. Euro ansteigen lassen, also von 64 Mrd. Euro 2005 auf rund 90 Mrd.!

Steuerlast für die Nach-uns-Kommen- den zu Buche schlägt, jeweils noch erhöht um die zwischenzeitlich aufgebuchten Zinsen! Und das alles vor dem Hintergrund der heute so heiß diskutierten Belastungsanstiege für die kommenden Generationen, vom Rentnerberg bis hin zu den explodierenden

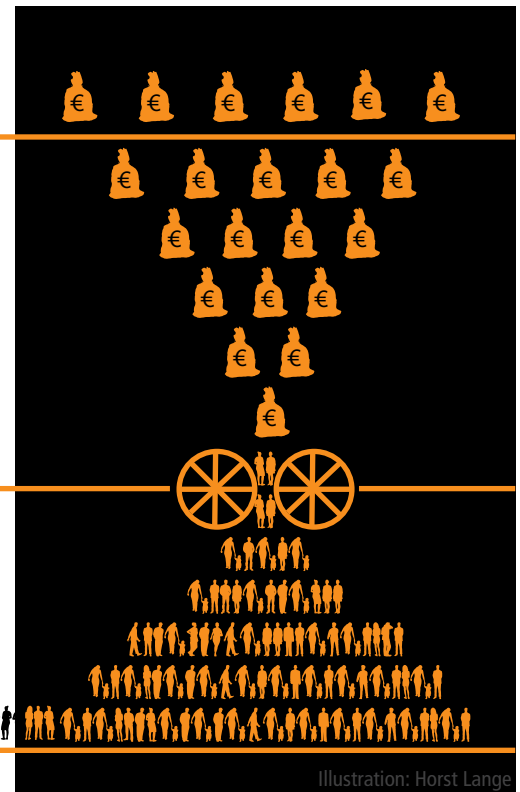
Pflegekosten, die man allesamt auf das Konto der verfehlten Schuldenpolitik des Staates abbuchen kann!

Und wenn manche glauben, alle diese Probleme ließen sich mit etwas Wirtschaftswachstum in den Griff bekommen, dann sind sie mehr als Utopisten!

= UNVERTEILUNG

+ ZINSMECHANISMUS

STAATSVerschULDUNG



### Die Fehlkalkulation des Steuerzahlerbundes

Bekanntlich hat der Steuerzahlerbund an seinem Stammsitz in Wiesbaden eine Schuldenuhr montiert, an der man den Bestand der Staatsverschuldung wie ihre ständige Zunahme im Sekundenabstand ablesen kann. Ausgehend von dem vor einigen Jahren aktuellen Schuldenstand von 1.320 Mrd. Euro, hat diese Bürgervereinigung 2003 einmal eine Tilgungsrechnung aufgemacht: Würde der Staat seine Schuldenzunahme einfrieren und ab sofort jeden Monat eine Milliarde der Altschulden tilgen, also 12 Mrd. im Jahr, dann würde das Abtragen der gesamten vorhandenen Schuld 110 Jahre dauern! Diese zutreffende Berechnung klammert allerdings völlig aus, dass in diesen 110 Jahren die langsam sinkende Schuldensumme auch noch verzinst werden muss! Selbst wenn sie durch die vor beschriebene Tilgung kontinuierlich abnimmt, ist sie bis zum Schluss immer noch vorhanden! Geht man von einer fünfprozentigen Verzinsung aus und von einer mittleren von 660 Mrd. Euro, dann ergibt eine durchschnittlich aufzubringende Zinslast von 33 Mrd. in jedem der 110 Jahre! Statt der 12 Mrd., die der Steuerzahlerbund vorgerechnet hat, wären also im Durchschnitt jedes Jahr 45 Mrd. fällig, was sich in den 110 Jahren auf 4.950 Mrd. Euro addiert! Das heißt, die tatsächliche Belastung aus dieser Staatsschuld ist also fast vier Mal größer als die vom Steuerzahlerbund errechneten Summe, bei der man die Zinszahlungen unter den Tisch fallen ließ!

In unseren Tagen hat sich zu dieser Frage auch der noch amtierende Ministerpräsident von Hessen geäußert. Laut

FOCUS-Online vom 25. April 2008 hat er einen totalen Schuldenabbau bis 2065 vorgeschlagen. Demnach sollen bis 2015 in Bund, Ländern und Gemeinden die Haushalte ausgeglichen und danach in 50 Jahren der Schuldenberg abgetragen werden. Geht man nur von der heutigen Verschuldung in Höhe von 1.500 Mrd. Euro aus, wären das pro Anno 30 Mrd. Allerdings hat auch Roland Koch kein Wort über die Zinsen für die Restschuld von durchschnittlich 750 Mrd. Euro verloren. Für deren Verzinsung kämen also bei 5% jährlich rund 38 Mrd. hinzu, so dass der Staat 50 Jahre lang jährlich 68 Mrd. auf die Seite legen müsste. Wo und wie dieser Betrag konkret eingespart werden soll, hat Koch nicht gesagt. Man kann aber annehmen, dass er dabei kaum an die gedacht hat, die bis heute jedes Jahr in etwa gleicher Höhe reicher werden! Überhaupt ist das mangelhafte Wissen der Politiker über solche Berechnungen wie auch ihre Größenordnungen oft beschämend. Wie „Panorama“ am 23.10.03 berichtete, ergab eine Befragung von einigen Dutzend Abgeordneten in der Lobby des Bundestages, dass das Gros der Befragten, darunter führende Parteivertreter, keine oder völlig falsche Vorstellungen vom Umfang der Staatsschulden hatten, Millionen und Milliarden verwechselten und in einigen Fällen noch nicht einmal wussten, wie viele Nullen diese Größen jeweils haben! Die Stadt Berlin musste mit der öffentlich finanzierten und pleitebedrohten Berliner Bankgesellschaft sogar langjährige extrem teure Zinszahlungs-Verpflichtungen übernehmen. So z.B. für dreißig Jahre laufende Exklusiv-Papiere, die in den neunziger Jahren von der Bank mit einer Verzinsung von 8% ausgegeben wurden! Allein für die Besitzer dieser lukrativen Papiere (bei deren Vergabe die Berliner Politiker sicher nicht >



zu kurz gekommen sind), müssen die Bürger Berlins jedes Jahr 300 Mio. Euro an Zinsen aufbringen, die man sicher nicht zuletzt im Sozialhaushalt einsparen muss!

Noch schlimmer sieht es in manchen Bundesländern aus. Zum Beispiel in Städten des Ruhrgebietes, die oft schon seit Jahren mit unzulänglichen Haushalten „am Rande des Abgrunds“ existieren: Stadtbüchereien, Kindergärten und Schwimmhallen werden geschlossen, Straßenreparaturen und Renovierungen bleiben liegen oder werden in manchen Schulen von den Eltern auf eigene Kosten erledigt. Und das trotz Verkauf des letzten Tafelsilbers und der vielen Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen und Gebäude, die dann, mit oft höchst windigen Verträgen, zurück geleast oder gemietet werden! Dabei ist diese Verschuldung der öffentlichen Haushalte – die selbst von Journalisten oft als „Verschuldung Deutschlands“ bezeichnet wird – nur die Spitze des Eisbergs. Denn bezogen auf die tatsächlichen deutschen Gesamtverschuldungen, also einschließlich Wirtschaftsunternehmen und Privathaushalte, machen die öffentlichen Schulden „nur“ rund ein Fünftel aus.

### Ist ein Schuldenabbau überhaupt möglich?

Auch in dieser Frage bestehen oft völlig illusionäre Vorstellungen! Selbstverständlich kann ein einzelner Schuldner einen Kredit zurückzahlen. Jedoch muss dann die Bank für die zurückgezahlte Summe sofort einen neuen Kreditnehmer finden, da ja ihre Zinszahlungen an die Geldgeber weiter laufen. Das trifft nicht nur für privat aufgenommene Kredite zu, sondern genau so für die der Unternehmen oder des Staates. Das heißt, die Schuldenlast und der Verschuldungszwang verändern sich insgesamt gesehen nicht durch einzelne Tilgungen, selbst dann nicht, wenn die Ersparnisse und Schulden nicht mehr weiter eskalieren sollten. Das bedeutet, selbst wenn dem Staat ein Schuldenabbau gelingt, dann müssten sich in gleichem Umfang die Unternehmen oder die Privathaushalte umso höher verschulden. Denn sonst bricht der Geldkreislauf zusammen! Und das gilt nicht nur für einen Abbau der Staatsschulden, sondern sogar schon für ein Abstoppen der staatlichen Neuverschuldungen. Denn so lange die Geldvermögen weiter eskalieren – und das fast ausschließlich über die ihnen zufließenden Zinseinkünfte! – sind auch ständig zunehmende Kreditaufnahmen erforderlich.

Zu einer Verringerung der Gesamtverschuldungen in einem Wirtschaftsraum könnte es also nur dann kommen, wenn die Sparer im Gleichschritt mit den Schulden ihre Rücklagen abbauen, das heißt, das frei werdende Geld selbst für mehr Konsum oder Investitionen ausgeben. Genau das aber wäre bei dem erreichten Stand unserer Gesamtverschuldungen, die inzwischen das Dreifache unserer jährlichen Wirtschaftsleistung überschritten haben, nur dann möglich, wenn der Zinssatz gegen Null sinken und der Automatismus der Selbstvermehrung der Geldvermögen gestoppt würde. Im anderen Fall kann es zu einem Abbau der Verschuldungen nur durch eine Hyperinflation oder sich wiederholende rezessive Wirtschaftseinbrüche mit partiellen Kapitalvernichtungen kommen, so wie wir sie gerade bei der Bankenkrise erlebt haben, oder – man wagt es kaum zu sagen – durch einen Krieg! So schrieb am 3. April Thomas Fischermann in der Wochenzeitung DIE ZEIT, unter der Überschrift „Ende eines goldenen Zeitalters“, über die letzte weltweite Wirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre:

*„Die Depression schwand erst Ende der dreißiger Jahre mit dem Zweiten Weltkrieg. Aus Heeren von Arbeitslosen wurden Heere von Soldaten oder Arbeiter in Munitionsfabriken. Ein Krieg ist zwar das traurigste aller Konjunkturprogramme, aber oft ein wirkungsvolles!“*

### Zusammenfassung:

In unserem Geldsystem nehmen die Schulden im Gleichschritt mit den Geldvermögen zu. Während sich die Geldvermögen ursprünglich fast ausschließlich aus Arbeitseinkünften ansammelten, wachsen sie inzwischen überwiegend „von alleine“ durch die Zinseinkünfte, die den bereits vorhandenen Vermögen jährlich gut gebucht werden. Sogar die Deutsche Bundesbank schrieb bereits vor fünfzehn Jahren von einer „Selbstalimentation der Geldvermögen“ und legte dar, dass die den privaten Haushalten zufließenden Zinsgutschriften bereits bei 80% ihrer Neuersparnisse lagen.

Diese ständige weitgehend automatische Zunahme der Geldvermögen, die fast ans Perpetuum mobile erinnert, ermöglicht jedoch nicht nur eine ständige Ausweitung der Kreditaufnahmen, sondern erzwingt sie sogar. Denn ohne die regelmäßige Rückführung der sich laufend ansammelnden Einkommensüberschüsse über erneute Kredite, würde es in

der Wirtschaft an Geld fehlen. Das aber hätte Unterbrechungen des Nachfragekreislaufs zur Folge mit rezessiven und möglicherweise sogar deflationären Auswirkungen: Es würde weniger nachgefragt, von den Geschäften weniger nachgeordert, Produktionen herunter gefahren und Arbeitskräfte entlassen! Deshalb *können* in jeder Volkswirtschaft die Einkommensüberschüsse nicht nur über Kreditaufnahmen in die Nachfrage zurück geführt werden, sondern sie *müssen* auf diese Weise reaktiviert werden, wenn schwerwiegende negative Folgen für die Wirtschaft und Kollapsgefahren vermieden werden sollen. Das heißt, Ursache der Überschuldungsentwicklungen in unserem heutigen Geld- und Wirtschaftssystem sind die Überentwicklungen der Geldvermögen. Ursache dieser Überentwicklungen wiederum sind die ständig positiven Zinsen, vor allem wenn sie über den Wachstumsraten liegen!

Dass bei der notwendigen Rückführung der sich laufend vermehrenden Geldvermögen in den Wirtschaftskreislauf der Staat in einer besonderen Verantwortung steht und notfalls sogar als Kreditnehmer einspringen muss, hat der Wirtschaftswissenschaftler Rüdiger Pohl, lange Zeit Mitglied des Sachverständigenrats, bereits 1987 bestätigt:

*„Wohlgemerkt: Staatliche Kreditaufnahme ist kein Selbstzweck. Aber wenn...das Kapitalangebot aus privaten Ersparnissen steigt, gleichzeitig die Kapitalnachfrage...der Unternehmen wegen der schwachen Investitionsneigung gering bleibt, dann muss der Staat das am Markt anstehende Kapitalüberangebot aufnehmen, weil anderenfalls eine deflationäre Wirtschaftsentwicklung einsetzen würde.“*

Würde sich der Staat – wie seit Ende der 90er-Jahre – bemühen, sich aus diesem Neuverschuldungszwang zurückziehen, dann müssten andere an seine Stelle treten. Das Problem ist nur, dass die rentablen Anlagemöglichkeiten im unternehmerischen Bereich knapper und damit die Kreditvergaben für die Banken immer risikoreicher werden. Vor diesem Hintergrund ist auch die ganze Globalisierung in erster Linie ein Versuch, die letzten noch freien Felder in der Welt für kreditfinanzierte Investitionen auszuschöpfen, ähnlich wie der Aktienboom im vergangenen Jahrzehnt ein Ventil war, Druck aus dem Kessel abzulassen.

Bezogen auf die volkswirtschaftliche Notwendigkeit der Ersparnisrückführungen, scheinen die Staatsverschuldungen vordergründig tatsächlich allen zu dienen. In Wirklichkeit treibt jedoch der Staat mit seinen Kreditnachfragen, die seit langem nur noch der Finanzierung seiner Zinszahlungen dienen, jedoch die Zinssätze zusätzlich hoch. Wirklich nützlich sind diese Staatsverschuldungen – wie bereits dargelegt – eindeutig nur für jene Minderheit der Bürger, die von diesen Zinszahlungen profitieren. ■

## Dankeschön an Helmut Creutz



### Der Prophet Helmut Creutz

„Nationalökonomie ist, wenn die Leute sich wundern, warum sie kein Geld haben;“ schreibt Kurt Tucholsky 1931, „dafür gibt es mehrere Gründe. Die feinsten sind die wissenschaftlichen.“ Als der Ökonomenobelpreisträger von 1998, Maurice Allais, gefragt wird, warum die Modelle seiner Vorgänger auf der Laureatenliste nicht funktionieren, sagt er: „Die Modelle sind richtig, die Wirklichkeit ist falsch.“

Helmut Creutz hält sich nicht mit Modellen auf, sondern studiert und diagnostiziert diese falsche Wirklichkeit und in einer kaum noch übersehbaren Fülle von Veröffentlichungen. Sieben der neun Artikel auf [www.INWO.de](http://www.INWO.de), die insgesamt 10.000 Mal abgerufen worden sind, stammen von ihm und sein Beitrag „Geldspritzen für ein krankes System“ hat monatlich mehr als tausend Leser.

„Man muss das Wahre immer wiederholen, weil auch der Irrtum um uns her immer wieder gepredigt wird, und zwar nicht von Einzelnen, sondern von der Masse, in Zeitungen und Enzyklopädien, auf Schulen und Universitäten. Überall ist der Irrtum obenauf...“ Dieses Goethe-Zitat stellt der Prophet Helmut Creutz seinem Buch „Die 29 Irrtümer rund ums Geld“ voran.

Die Leser der Zeitschrift HUMANWIRTSCHAFT kennen seine vielen scharfsinnigen, brandaktuellen und sauber recherchierten Beiträge. Wir in der INWO sind ihm verpflichtet für die zahlreichen brillanten Aufsätze in unserer Mitgliederzeitschrift Fairconomy, für die vielen Seminare, die er gemeinsam mit unserem anderen Buchautor Klaus Popp zur Einführung in die Fairconomy, sowie zu verschiedenen Spezialthemen für „Fortgeschrittene“ gehalten hat, für die 5. Auflage des „Geldsyndroms“, die unsere Büchertische füllt und für die „Standleitung“, über die er jede unserer Fachfragen mit erschöpfender Kompetenz umgehend beantwortet.

Ich gehöre auch der Generation an, die mit dem Computer erst mitten im Berufsleben in Berührung gekommen ist. Ich bewundere die Professionalität mit der Helmut Creutz die neuen Medien nutzt. Für die freundschaftliche Zusammenarbeit mit unserem wichtigsten Mitglied sage ich: DANKE, DANKE, DANKE lieber Helmut Creutz!

Wolfgang Berger